



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 09.01.2022

Niederschrift

über die **9. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 23.11.2021, 16:07 Uhr bis 18:56 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Lino Hammer GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Christiane Jäger	SPD
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Herr Dr. David Lutz	GRÜNE
Frau Ursula Schlömer	GRÜNE
Herr Lars Wahlen	GRÜNE
Herr Jürgen Kircher	SPD
Herr Lukas Lorenz	SPD
Frau Teresa De Bellis-Olinger	CDU
Herr Eric Haeming	CDU
Herr Dirk Michel	CDU (bis 17.20 Uhr)
Herr Dr. Christian Beese	Auf Vorschlag von FDP
Herr Max Pargmann	Auf Vorschlag von Volt

Beratende Mitglieder

Herr Philipp Busch	AfD
Frau Karina Syndicus	Die FRAKTION
Herr Hans-Peter Vietzke	Auf Vorschlag von GRÜNE
Frau Elisabeth Rohata	Auf Vorschlag von SPD
Herr Stefan Götz	Auf Vorschlag von CDU (bis 17.40 Uhr)
Herr Manfred Hemmersbach	Auf Vorschlag von CDU
Herr Holger Potthoff	Auf Vorschlag von CDU

Frau Gunda Wienke	Auf Vorschlag von DIE LINKE
Frau Dr. Eva-Maria Ritter	Auf Vorschlag von FDP (bis 18.45 Uhr)
Frau Monja Sauvagerd	Auf Vorschlag von Volt

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Nicolin Gabrysch	KLIMA FREUNDE (für SE Grieser; bis 18.45 Uhr)
Herr Jürgen Over	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik (für SE Fahlenbock; bis 18.50 Uhr)

Verwaltung

Herr Beigeordneter Ascan Egerer	Dezernat für Mobilität
Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung
Frau Claudia Mohr	Bauverwaltungsamt
Frau Sonja Rode	Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau
Herr Patric Stieler	Amt für Verkehrsmanagement
Herr Gregor Waluga	Dezernat für Mobilität

Schritfführerin

Frau Angela Krause	Dezernat für Mobilität
--------------------	------------------------

Gäste

Frau Stefanie Haaks	KVB AG
Herr Gunther Höhn	KVB AG

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Bernd Fahlenbock	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Uwe Lautenschläger	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Herr Hans Anton Meurers	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Dr. Gerhard Haider	Seniorenvertretung der Stadt Köln
-------------------------	-----------------------------------

Ausschussvorsitzender Hammer eröffnet die 9. Sitzung des Verkehrsausschusses in dieser Wahlperiode und begrüßt alle Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass diese wie folgt ergänzt werden soll:

- Zu 1.1 Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. vom 23.11.2021
AN/2517/2021
Tischvorlage
- Zu 1.2 Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom 23.11.2021
AN/2516/2021
Tischvorlage
- Zu 1.2 Änderungsantrag von Der Fraktion vom 23.11.2021
AN/2526/2021
Tischvorlage
- 1.3 Dringlichkeitsantrag von Die Fraktion vom 21.11.2021 betr.
Die Impfbimmelbahn - Impfangebot Lanxessarena ohne Autopflicht nutzbar machen
AN/2482/2021
Tischvorlage
- Zu 3.5 Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom 23.11.2021
AN/2518/2021
Tischvorlage
- Zu 3.6 Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom 22.11.2021
AN/2507/2021
Tischvorlage
- Zu 3.8 Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom 22.11.2021
AN/2504/2021
Tischvorlage
- 4.6 Kapazitätserweiterungen auf den Linien 4, 13 und 18
Baubeschluss für den Ausbau der Bahnsteige der Haltestellen der Bauphase 1 auf eine Nutzlänge von 60 m
2430/2021
I. Durchgang

- 5.2.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 17.11.2021 betr.
Kosten durch Trittstufen in Hochflurstadtbahnen
AN/2433/2021
- 5.2.3 Anfrage der FDP-Fraktion vom 18.11.2021 betr.
Probleme mit den KVB-Rädern
AN/2395/2021
- 5.2.4 Anfrage der FDP-Fraktion vom 18.11.2021 betr.
Fluoreszierende Fahrradwege
AN/2419/2021
- 6.8 Parkhäuser in der Innenstadt
Anfrage des Seniorenvertreters Meurers
3798/2021
- 6.9 Winterdienst des Radwegenetzes
Anfrage von Der Fraktion
3945/2021
- 7.2.4 Änderungen zum Fahrplanwechsel 2021
3680/2021
- 7.2.5 Öffentlichkeitsarbeit Stadtbahn Rondorf-Meschenich
3797/2021
- 7.2.6 Drehbrücke im Deutzer Hafen - Bauzeitverlängerung und Kostenerhöhung
3980/2021

Vorsitzender Hammer lässt über die Dringlichkeit zu TOP

- 1.3 Dringlichkeitsantrag von Die Fraktion vom 21.11.2021 betr.
Die Impfbimmelbahn - Impfangebot Lanxessarena ohne Autopflicht nutzbar
machen
AN/2482/2021

abstimmen: Einstimmig zugestimmt

Auf Nachfrage des SB Dr. Beese teilt Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, mit, dass TOP

- 3.1 Baubeschluss für die Sanierung der südlichen Nebenanlagen auf der Militäringstraße zwischen Brühler Landstraße und Am Eifeltor in Köln Zollstock sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen – hier: Finanzstelle 6601-1201-0-1008, Generalsanierung Radwege
1328/2021

zurückgezogen wurde, da hierzu zunächst ein Fachgespräch stattfinden werde.

Der Ausschuss ist mit den Ergänzungen einverstanden und beschließt demnach folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom 09.11.2021 betr.
Umsetzung durchgehender Achsen für den Radverkehr
AN/2374/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. vom 23.11.2021
AN/2517/2021

- 1.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 09.11.2021 betr.
Zusätzlicher Überweg am Neumarkt Höhe Zeppelinstraße
AN/2309/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom 23.11.2021
AN/2516/2021

Änderungsantrag von Der Fraktion vom 23.11.2021
AN/2526/2021

- 1.3 Dringlichkeitsantrag von Die Fraktion vom 21.11.2021 betr.
Die Impfbimmelbahn - Impfangbot Lanxessarena ohne Autopflicht nutzbar machen
AN/2482/2021

2 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

3 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

3.1 Baubeschluss für die Sanierung der südlichen Nebenanlagen auf der Militärringstraße zwischen Brühler Landstraße und Am Eifeltor in Köln Zollstock sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen – hier: Finanzstelle 6601-1201-0-1008, Generalsanierung Radwege
1328/2021
- zurückgezogen -

3.2 Planungsbeschluss für eine ebenerdige barrierefreie Querungsmöglichkeit über die Luxemburger Straße zur Stadtbahnhaltestelle Weißhausstraße als Ersatz für die nicht barrierefreie Brücke
1525/2021

3.3 Verkehrsversuch Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld
2716/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 01.10.2021
AN/2088/2021

3.4 1. Bedarfsfeststellung über die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Geräten für das Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung
2. Freigabe einer Verpflichtungsermächtigung zu Lasten des Haushaltsjahres 2022 im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze in Teilplanzeile 9, Auszahlungen für das bewegliche Anlagevermögen bei der Finanzstelle 6601-1201-0-0101, Kraftfahrzeuge und Geräte
2501/2021

3.5 Planungsbeschluss für die Umgestaltung der Kreuzung Neusser Straße/Kempener Straße/Auerstraße zu einem Kreisverkehr
2637/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom 23.11.2021
AN/2518/2021

3.6 Abbruch und Ersatzneubau Kragplatte am Altstadtufer; bauzeitliche Verkehrsführung
3734/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom 22.11.2021
AN/2507/2021

- 3.7 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Beschluss über die Überplanung der Neusser Straße von Simonskaul bis Scheibenstraße/Kapuzinerstraße (Baubereich 2b)
2817/2021
- 3.8 Stadtbahnvorhaben Köln - Niederaußem: Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung einer Machbarkeitsstudie zur Verlängerung der Stadtbahnlinie 4
3454/2021
- Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom 22.11.2021
AN/2504/2021
- 3.9 Abschluss der Machbarkeitsuntersuchung für ein regionales Wasserbusssystem auf dem Rhein
3512/2021
- 4 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 4.1 Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“
1987/2021
- 4.2 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Vergabe der weiteren externen Ingenieur- und Dienstleistungen (HOAI, Leistungsphasen 1 bis 9) zur Realisierung der Maßnahme „Vierspuriger Ausbau der Frankfurter Straße zwischen der Theodor-Heuss-Straße und der AS Köln-Porz-Gremberghoven“ mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen bei der Finanzstelle 6604-1201-7-1002, vierspuriger Ausbau Frankfurter Straße, Teilplanzeile 8, Auszahlung für Baumaßnahmen
3728/2020
- zurückgezogen -
- 4.3 Ergänzung des U-Bahn-Vertrages vom 17.09. / 24.10.1973 zur Übertragung der Federführung für die Aufzugsnächrüstungen in die Stadtbahnhaltestellen Deutz Technische Hochschule und Fuldaer Straße an die Kölner Verkehrsbetriebe AG und Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Vergabe der Planungsleistungen
2411/2021
- 4.4 278. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3521/2021
- 4.5 279. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3711/2021

- 4.6 Kapazitätserweiterungen auf den Linien 4, 13 und 18
Baubeschluss für den Ausbau der Bahnsteige der Haltestellen der Bauphase 1 auf eine Nutzlänge von 60 m
2430/2021

5 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 5.1 Offene Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

- 5.2 Neue Anfragen

- 5.2.1 Anfrage der Volt-Fraktion vom 10.11.2021 betr.
CO2-Balastung Bau Ost-West-Achse
AN/2387/2021

- 5.2.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 17.11.2021 betr.
Kosten durch Trittstufen in Hochflurstadtbahnen
AN/2433/2021

- 5.2.3 Anfrage der FDP-Fraktion vom 18.11.2021 betr.
Probleme mit den KVB-Rädern
AN/2395/2021

- 5.2.4 Anfrage der FDP-Fraktion vom 18.11.2021 betr.
Fluoreszierende Fahrradwege
AN/2419/2021

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 6.1 Künftige Förderung von Quartiersgaragen
hier: Anfrage der FDP-Fraktion des Verkehrsausschusses in der Sitzung am 31.08.2021, TOP 5.2.3
3416/2021

- 6.2 Anfrage der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln, KVB-Fahrgastunterstände,
AN/1971/2021
3433/2021

- 6.3 Maßnahmen gegen Tempoverstöße
Gemeinsame Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 05.10.2021, TOP 5.2.7
3518/2021

- 6.4 Beantwortung einer Anfrage gem. §4 der Geschäftsordnung des Rates, AN/2013/2021 der SPD-Fraktion "Entsorgung von Schrottfahrrädern auf Fahrradabstellflächen"
3564/2021

- 6.5 Richard-Wagner-Straße/Moltkestraße
hier: mündl. Anfrage von RM Wahlen in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 31.08.2021, TOP 6.1
3626/2021
- 6.6 Gereonstraße/Christophstraße
hier: Mündliche Anfrage des SB Pargmann in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 20.04.21, TOP 8.3
3636/2021
- 6.7 Verkehrliche Umgestaltung eines Teilbereiches am Ehrenfeldgürtel
Anfrage gem. §4 der Geschäftsordnung des Rates der Fraktion SPD im Kölner Rat - AN/2012/2021
3449/2021
- 6.8 Parkhäuser in der Innenstadt
Anfrage des Seniorenvertreters Meurers
3798/2021
- 6.9 Winterdienst des Radwegenetzes
Anfrage von Der Fraktion
3945/2021
- 7 Mitteilungen der Verwaltung**
- 7.1 Unterrichtung des Rates und des Fachausschusses über Kostenerhöhungen nach § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO
- 7.1.1 Mehrkosten für die Aufzugsnachrüstung der Stadtbahnhaltestelle Vingst
3340/2021
- 7.2 Sonstige Mitteilungen
- 7.2.1 Umbau der Oskar-Jäger-Straße zwischen Aachener Straße und dem Ausbaubereich Aurelis-Gelände, ca. 200 m nördlich der Weinsbergstraße sowie Freigabe einer investiven Verpflichtungsermächtigung
hier: Ratsbeschluss vom 06.05.2021
3403/2021
- 7.2.2 Umsetzungsstand Radverkehrskonzept Innenstadt
3392/2021
- 7.2.3 Stadtradeln 2021
3621/2021
- 7.2.4 Änderungen zum Fahrplanwechsel 2021
3680/2021

7.2.5 Öffentlichkeitsarbeit Stadtbahn Rondorf-Meschenich
3797/2021

7.2.6 Drehbrücke im Deutzer Hafen - Bauzeitverlängerung und Kostenerhöhung
3980/2021

8 Mündliche Anfragen

8.1 Neue Buslinie von Bergisch Gladbach nach Thielenbruch
Mündliche Anfrage des SB Pargmann

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

15 Mitteilungen der Verwaltung

16 Mündliche Anfragen

Anschließend übergibt Ausschussvorsitzender Hammer das Wort an BG Egerer für eine kurze Antrittsrede.

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom 09.11.2021 betr. Umsetzung durchgehender Achsen für den Radverkehr AN/2374/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. vom 23.11.2021 AN/2517/2021

Die RM Dr. Lutz und De Bellis-Olinger nehmen für die Antrag stellenden Fraktionen ausführlich Stellung. RM Dr. Lutz bittet noch folgende Ergänzung aufzunehmen:

Im Block A hinter Satz 1 wird eingefügt:

Eine Verlängerung in die Außenbezirke soll durch die Umsetzung perspektivisch möglich sein.

RM Jäger merkt seitens der SPD-Fraktion an, dass die Verwaltung hier durchaus schon sehr aktiv sei und insbesondere am Radverkehrskonzept Innenstadt (RKI) und den im Antrag thematisierten zwei Hauptachsen schon lange arbeite. Sie bitte die Verwaltung daher um eine Einschätzung. Zudem moniert sie, dass im vorliegenden Antrag die Deckungsbeiträge fehlen.

Seitens der Fraktion Die Linke. beantragt SE Wienke den vorliegenden Änderungsantrag wie folgt zu ändern:

Im Block G wird die Formulierung „...die Sicherheit des Radverkehrs“ in „die Sicherheit des Rad- **und Fußverkehrs**“ geändert.

Zudem sollte im Block G der Halbsatz „...oder keine ausreichende Leistungsfähigkeit des MIV gewähren..“ ersatzlos gestrichen werden.

In ihrem weiteren Wortbeitrag erläutert sie zudem den schriftlich eingereichten Änderungsantrag ihrer Fraktion und wirbt um Zustimmung.

SB Dr. Beese führt aus, dass er die Problemanalyse des RM Dr. Lutz zwar teile, allerdings habe er Zweifel ob der vorliegende Antrag die Lösung für dieses Problem darstelle. Es hätte durchaus gereicht darauf hinzuweisen, dass gewisse Punkte aus dem RKI vorrangig umgesetzt werden sollen. Im vorliegenden Antrag werden zu viele Vorgaben gemacht, ohne dass für die betroffenen Abschnitte Verkehrsanalysen vorliegen. Insbesondere die weitere Leistungsfähigkeit für den MIV sei völlig unklar; insofern könne die FDP-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Für die KlimaFreunde unterstreicht RM Gabrysch den mündlichen Antrag, den Halbsatz „oder keine ausreichende Leistungsfähigkeit des MIV gewähren“ zu streichen nachdrücklich. Andernfalls habe man weitere Flickenteppiche im

Radverkehr. Stattdessen sollte im Block G die Formulierung alternativ wie folgt geändert werden:

„Wenn keine ausreichende Leistungsfähigkeit des MIV gewährleistet werden kann und Sicherheit im Rad- und Fußverkehr gewährleistet werden kann, dann muss der MIV an dieser Stelle zurückgebaut werden.“ Nur dies sei eine Formulierung, die eine ehrliche Verkehrswende an dieser Stelle impliziere. An erster Stelle dürfe nicht der Verkehrsfluss sondern die Verkehrssicherheit stehen.

BG Egerer führt aus, dass das RKI im Wesentlichen eine netzartige Betrachtung des gesamten Innenstadtbereiches vorsehe; insofern seien einige Abschnitte der hier genannten bereits in diesem enthalten, allerdings nicht in der kompletten Durchgängigkeit. Aus seiner Sicht gelte es nun auch, das Ganze unter dem Aspekt von Prioritäten mit dem Ziel von durchgängigen Achsen zu betrachten.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, fügt ergänzend hinzu, dass dieser Antrag über das RKI hinausgehe und hier eher die operative Ebene im Vordergrund stehe.

RM Wahlen stellt auf die Nachfrage von RM Jäger klar, dass es sich hier nicht um einen Bau- sondern um einen Planungsauftrag handle und von daher kein Deckungsbetrag erforderlich sei. Zudem macht er deutlich, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ablehne; man wolle sich zunächst auf die zwei benannten Hauptachsen konzentrieren und die Umsetzungsgeschwindigkeit erhöhen.

SE Wienke kann diese Argumentation nicht folgen; gerade die von ihrer Fraktion benannte Achse gelte als schnell umsetzbar.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Ausschussvorsitzender Hammer die mündlichen und schriftlichen Anträge wie folgt zur Abstimmung:

1. Beschluss (Mündlicher Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):

Im schriftlichen Antrag AN/2374/2021 wird im Block A hinter Satz 1 eingefügt:

Eine Verlängerung in die Außenbezirke soll durch die Umsetzung perspektivisch möglich sein.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Volt und Die Linke.

2. Beschluss (Mündlicher Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.)

Im schriftlichen Antrag AN/2374/2021 wird im Block G die Formulierung „...die Sicherheit des Radverkehrs“ in „die Sicherheit des Rad- **und Fußverkehrs**“ geändert.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die Fraktionen von Die Linke und Volt

3. Beschluss (mündlicher Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. sowie der KlimaFreunde) :

Im schriftlichen Antrag AN/2374/2021 wird im Block G der Halbsatz „...oder keine ausreichende Leistungsfähigkeit des MIV gewähren.“ ersatzlos gestrichen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die Fraktionen von Die Linke. und Volt

4. Beschluss (mündlicher Änderungsantrag der KlimaFreunde) :

Im schriftlichen Antrag AN/2374/2021 Block G wird die Formulierung wie folgt geändert:

„Wenn keine ausreichende Leistungsfähigkeit des MIV gewährleistet werden kann und Sicherheit im Rad- und Fußverkehr gewährleistet werden kann, dann muss der MIV an dieser Stelle zurückgebaut werden.“

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die Fraktion Die Linke.

5. Beschluss (Änderungsantrag der Fraktion Die Linke., AN/2517/2021):

Der vorgelegte Antrag wird um die folgenden Punkte ergänzt:

(A2) Als ergänzende Nord-Süd-Verbindung für den Radverkehr wird gemäß Radverkehrskonzept Innenstadt (RVKI) eine Verbindung zwischen Eifelplatz und Bildungslandschaft Altstadt Nord über den Neumarkt geschaffen.

- 1) Die Verbindung wird über einen Großteil der Strecke in Form von schnell und mit geringem baulichem Aufwand einzurichtenden Fahrradstraßen umgesetzt.
- 2) Die Querung des Neumarktes erfolgt gemäß den Ergebnissen der Prüfung, die unter Top 1.2 der heutigen Sitzung beschlossen wird.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke.

(B) 6 Die Nordseite des Neumarktes wird vom MIV freigestellt.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke.

6. Beschluss (mündlich geänderter Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt; AN/2374/2021):

Die Verwaltung wird beauftragt, mit hoher Priorität jeweils eine durchgehende Ost-West- sowie Nord-Süd-Achse im Einklang mit dem Radverkehrskonzept Innenstadt für den Radverkehr zu schaffen. Die jeweiligen Achsen sind wie folgt spezifiziert:

Die Nord-Süd-Achse für den Radverkehr wird gemäß Radverkehrskonzept Innenstadt (RVKI) zwischen Zoobrücke und Südbrücke entlang der Tunisstraße und Nord-Süd-Fahrt geschaffen. Eine Verlängerung in die Außenbezirke soll durch die Umsetzung perspektivisch möglich sein.

(A) Im gesamten Verlauf der Strecke werden die folgenden Kriterien umgesetzt:

- 1) Der Radverkehr wird auf einer eigenen Spur mit Mindestbreite von 2,5m auf der Fahrbahn geführt.
- 2) Wo möglich wird die Radspur vom motorisierten Verkehr baulich getrennt. Wo immer möglich und nötig soll ein zusätzlicher "Dooring"-Sicherheitsabstand eingeführt werden.
- 3) Von eventuellen Umbauten sollen auch Fußgänger profitieren, etwa durch Verbreiterung der Gehwege oder die Verlegung des Radwegs auf die Straße. Der Bau darf nicht zu Lasten der Gehwegbreite durchgeführt werden.
- 4) Die Führung beinhaltet explizit eine direkte Kreuzung oder Unterquerung der Cäcilienstraße, wie im „Radverkehrskonzept Innenstadt Maßnahmenkatalog“ 2016 vorgeschlagen wurde.

(B) Die Ost-West-Achse für den Radverkehr wird gemäß Radverkehrskonzept Innenstadt (RVKI) zwischen Deutzer Bahnhof und Aachener Weiher geschaffen. Im gesamten Verlauf der Strecke werden die folgenden Kriterien umgesetzt:

- 1) Der Radverkehr wird auf einer eigenen Spur mit Mindestbreite von 2,5m auf der Fahrbahn geführt. Diese Vorgabe bezieht sich explizit auch auf die Deutzer Brücke.
- 2) Wo möglich wird die Radspur vom motorisierten Verkehr baulich getrennt.
- 3) Die mögliche Anbindung der Deutzer Freiheit für den Fahrradverkehr ist in beiden Richtungen zu betrachten; insbesondere ist vor dem Hintergrund der geplanten Umbauten auf der Siegburger Straße eine Möglichkeit der Radverkehrsführung auch auf der Südseite der Deutzer Brücke zu berücksichtigen.
- 4) Eine Verlängerung über die Deutz-Kalker-Str. und die Kalker Hauptstraße sowie über die Aachener Straße in die Außenbezirke soll durch die Umsetzung perspektivisch möglich sein.
- 5) Die Führung soll keine der geplanten Varianten der Ost-West-Achse (ober- oder unterirdische Führung der Straßenbahn) bevorzugen sowie ebenfalls nicht die Förderfähigkeit beider Varianten gefährden.

(C) Als erste Sofortmaßnahme soll geprüft werden, an welchen Stellen der skizzierten Radachsen bereits durch vorgezogene Maßnahmen temporär Platz für den Radverkehr geschaffen werden kann (z.B. durch Absperrung mit sogenannten „Leitboys“ oder „Leitschienen“), um mit den Verbesserungen nicht auf den Abschluss der detaillierten Planungen warten zu müssen. Hierbei ist der Beschluss AN/1815/2018 (insbesondere Punkt 6) zu beachten. Die Verwaltung legt das Ergebnis dieser Prüfung dem Verkehrsausschuss vor und setzt die

vorgezogenen Maßnahmen um.

- (D) Als zweite Sofortmaßnahme wird die Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht auf den angegebenen Achsen umgesetzt. Die Verwaltung kann dem Verkehrsausschuss Stellen vorschlagen, die auf Grund der Gefährlichkeit von der Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht ausgenommen werden.
- (E) Eine schnelle Umsetzung der weiteren Maßnahmen des Radverkehrskonzepts Innenstadt sowie der weiteren bereits vorgestellten Radverkehrskonzepte ebenso wie die Fertigstellung von Radverkehrskonzepten für alle Kölner Stadtbezirke wird begrüßt.
- (F) Auf Grund der hohen Priorität dieser Achsen soll – falls interne Ressourcen nicht verfügbar sind – die Beauftragung eines externen Planungsbüros berücksichtigt werden.
- (G) Sollten bereits bei der Planung Knoten oder Strecken identifiziert werden, die bei der geplanten Umsetzung die Sicherheit des Radverkehrs gefährden oder keine ausreichende Leistungsfähigkeit des MIV gewähren, soll die Verwaltung mit entsprechenden Umplanungen gefährliche Verkehrsführungen oder drohende Störung verhindern.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

**1.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 09.11.2021 betr.
Zusätzlicher Überweg am Neumarkt Höhe Zeppelinstraße
AN/2309/2021**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt
vom 23.11.2021
AN/2516/2021**

**Änderungsantrag von Der Fraktion vom 23.11.2021
AN/2526/2021**

RM Wahlen merkt an, dass die FDP-Fraktion die Problemlage zwar richtig erkannt habe; der eingereichte Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt lasse der Verwaltung jedoch mehr Spielraum für diesen sehr komplexen Verkehrsknotenpunkt. Er bitte bei diesem Antrag noch die zu Fuß Gehenden hinzuzufügen.

RM Lorenz legt für die SPD-Fraktion dar, dass diese dem Antrag der FDP-Fraktion nicht zustimmen werde. Zum einen habe man erst vor knapp 2 Jahren einen Millionenbetrag in die dortigen Ampelanlagen investiert; zum anderen würden sich durch eine Verbreiterung des Überweges in Höhe des Gesundheitsamtes die Räumzeiten im Bereich der Stadtbahnhaltestelle für die Linien 1, 7 und 9 wesentlich verlängern. Dem Änderungsantrag hingegen könne sie zustimmen.

RM Tokyürek wird sich für die Fraktion Die Linke. diesem Abstimmungsverhalten anschließen. Sie fände es jedoch Ziel führender, wenn eine Zeitschiene von ½ Jahr zur Prüfung dieses Beschlusses festgelegt werden würde.

RM De Bellis-Olinger merkt an, dass bewusst kein zeitliches Fenster benannt wurde; das Bündnis vertraue darauf, dass die Verwaltung das Thema ernst nehme und zeitnah mit den Prüfungen beginnen werde. Man sei sich aber bewusst, dass es sich hier um einen heiklen, schwierigen Verkehrsknotenpunkt handle.

Seitens der FDP-Fraktion teilt SB Dr. Beese mit, dass er den Ursprungsantrag aufrechterhalte. Sollte hingegen der Änderungsantrag eine Mehrheit finden, sei er auch nicht böse; wichtig sei, dass dieser Bereich überhaupt angegangen werde.

Abschließend stellt RM Syndicus den Änderungsantrag ihrer Fraktion vor.

1. Beschluss (Änderungsantrag von Die Fraktion, AN/2526/2021):

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung eine schnell umsetzbare Lösung zu eruieren, die es Radfahrenden ermöglicht, von der Fahrradstr Fleischmengergasse nördlich auf den bestehenden, den Neumarkt umlaufenden, Radweg zu kommen. Hierzu sollen unter anderem die Lösungen aus dem RVKI Gutachten hinzugezogen werden.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die Fraktion Die Linke.

2. Beschluss (mündlich geänderter Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt; AN/2516/2021):

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie die Verbindung für Radfahrende und zu Fuß Gehende zwischen Fleischmengergasse – Zeppelinstraße – und Richmodstraße verbessert werden kann, z.B. ob hier ein Zweirichtungsradweg zielführend ist. Außerdem soll geprüft werden, ob durch eine Verlegung des Taxistreifens der Radweg verbreitert werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3. Geänderter Beschluss (geänderter Antrag der FDP-Fraktion, AN/2309/2021):

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie die Verbindung für Radfahrende und zu Fuß Gehende zwischen Fleischmengergasse – Zeppelinstraße – und Richmodstraße verbessert werden kann, z.B. ob hier ein Zweirichtungsradweg zielführend ist. Außerdem soll geprüft werden, ob durch eine Verlegung des Taxistreifens der Radweg verbreitert werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

1.3 Dringlichkeitsantrag von Die Fraktion vom 21.11.2021 betr. Die Impfbimmelbahn - Impfanbot Lanxessarena ohne Autopflicht nutzbar machen AN/2482/2021

RM Syndicus bezieht seitens der Antrag stellenden Fraktion Stellung zum Dringlichkeitsantrag.

RM Wahlen bittet um eine Einschätzung der Verwaltung zur Verkehrssituation. Zudem beantragt er seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag wie folgt zu ersetzen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, den Kölnerinnen und Kölner den Zugang zum Impfzentrum auch ohne Auto zu ermöglichen. Zudem soll sie prüfen, ob das nahe gelegene Parkhaus genutzt werden kann, um die Verkehrssituation zu entschärfen.“

Für die SPD-Fraktion begrüßt RM Jäger die Initiative Der Fraktion grundsätzlich und schlägt vor, die Formulierung im AN/2482/2021 von „eine Bimmelbahn“ in „elektrisch betriebene Bimmelbahn“ abzuändern.

Zudem bittet sie um Beantwortung der zentralen Frage, wann die Verwaltung auch zu Fuß Gehenden und Radfahrenden die Nutzung des Impfangebotes ermöglichen werde.

BG Egerer berichtet, dass die Entscheidung des Impfangebotes kurzfristig vom Krisenstab getroffen wurde und nicht von langer Hand geplant sei. Selbstverständlich werde auch in naher Zukunft ein Angebot für zu Fuß Gehende und Radfahrende geschaffen.

Herr Stieler, Leiter des Amtes für Verkehrsmanagement, teilt mit, dass er von seinem Büro im Stadthaus einen guten Überblick über die wartenden Autos habe. Sicherlich habe es anfänglich Stockungen bis in die Justianstraße und die angrenzenden Knotenpunkte gegeben. Nach Optimierungen in den Anmeldeprozessen habe es jedoch später keine Probleme mehr gegeben. Handlungsbedarf sehe er aktuell nicht.

Nach weiterer kurzer Diskussion beantragt SB Dr. Beese, den Antrag für erledigt zu erklären, zumal das Thema aus seiner Sicht in den Gesundheits- und nicht in den Verkehrsausschuss gehöre.

1. Beschluss (mündlicher Antrag der FDP-Fraktion):

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die FDP-Fraktion

2. Beschluss (mündlicher Änderungsantrag der SPD-Fraktion):

Die Formulierung im AN/2482/2021 „eine Bimmelbahn“ wird geändert in „elektrisch betriebene Bimmelbahn“.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die SPD-Fraktion

3. Beschluss (Mündlicher Ersetzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):

Die Verwaltung wird beauftragt, den Kölnerinnen und Kölner den Zugang zum Impfzentrum auch ohne Auto zu ermöglichen. Zudem soll sie prüfen, ob das nahe gelegene Parkhaus genutzt werden kann, um die Verkehrssituation zu entschärfen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion

2 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

3 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

3.1 Baubeschluss für die Sanierung der südlichen Nebenanlagen auf der Militärringstraße zwischen Brühler Landstraße und Am Eifeltor in Köln Zollstock sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen – hier: Finanzstelle 6601-1201-0-1008, Generalsanierung Radwege 1328/2021

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

3.2 Planungsbeschluss für eine ebenerdige barrierefreie Querungsmöglichkeit über die Luxemburger Straße zur Stadtbahnhaltestelle Weißhausstraße als Ersatz für die nicht barrierefreie Brücke 1525/2021

RM Lorenz verweist auf Ziff. 2 des erweiterten Beschlusses der BV Lindenthal und bittet um eine Stellungnahme der Verwaltung bzw. der KVB AG.

RM De Bellis-Olinger schlägt seitens der CDU-Fraktion vor, Ziff. 1 des Beschlusses der BV Lindenthal zu übernehmen.

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, teilt mit, dass die Bahnsteiglänge mit etwas über 90 m lang genug sei, auch wenn der Ausgang Richtung Universitätsstraße barrierefrei ausgebaut werde.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Planung einer ebenerdigen barrierefreien Fußgängerquerung mit Anbindung an die Stadtbahnhaltestelle Weißhausstraße als Ersatz für die nicht barrierefreie Gehwegbrücke über die Luxemburger Straße. Die hierfür erforderliche Genehmigung ist einzuholen und die Finanzierung sicher zu stellen.

Gleichzeitig beschließt der Verkehrsausschuss, dass die nicht barrierefreie Gehwegbrücke durch die Universität zu Köln abgerissen wird. Dies führt zu außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von ca. 1 Mio. €, die im Teilergebnisplan 1202, Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV in Teilplanzeile 14, bilanzielle Abschreibungen, voraussichtlich im Haushaltsjahr 2022 anfallen.

An der Weißhausstraße (südwestliche Zugang) wird ebenfalls ein barrierefreier Zugang geschaffen, indem die Rampen mit den erforderlichen Podesten versehen werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion

3.3 Verkehrsversuch Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld 2716/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 01.10.2021 AN/2088/2021

SB Dr. Beese bittet um separate Abstimmung zu Ziff. 3 der Verwaltungsvorlage, da die Auswirkungen der fertiggestellten Vogelsanger Straße zunächst 1 Jahr abgewartet werden sollten. Zudem bittet er um Mitteilung, wie weit die Abstufung zur Gemeindestraße gediehen sei.

SB Pargmann drückt ebenfalls seine Zustimmung aus, würde es aber sehr begrüßen, wenn künftig nicht nur einzelne Straßen sondern vielmehr ganze Viertel wie die Superblocks in Barcelona derart beplant würden.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, informiert, dass der Antrag auf Abstufung bereits vor einem Jahr gestellt wurde und er auf eine baldige Entscheidung hoffe. Zudem betont er, dass die Planung Ausfluss aus dem Radverkehrskonzept Ehrenfeld sei und von daher durchaus auf das ganze Viertel abstelle. Auch die Auswirkungen dieser Planungen gingen weit über die Straße hinaus.

1. Beschluss (Antrag der FDP-Fraktion, AN/2088/2021):

Der vorliegende Antrag wird wie folgt geändert:

In Punkt 3 wird das Wort „Einbahnstraßenführung“ durch das Wort „Fahrradstraße – Kfz frei“ ersetzt.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die FDP-Fraktion **abgelehnt**

2. Beschluss (Verwaltungsvorlage):

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. auf der Venloer Straße zwischen Innere Kanalstraße und Ehrenfeldgürtel kurzfristig einen Verkehrsversuch einzurichten (Dauer voraussichtlich ein Jahr). Die Realisierung des Verkehrsversuchs steht unter Vorbehalt des Ergebnisses zur Prüfung der Abstufung der Venloer Straße zu einer Gemeindestraße. In der ersten Stufe soll gemäß den Empfehlungen des Gutachters im Rahmen des Radverkehrskonzeptes Ehrenfeld ein verkehrsberuhigter Geschäftsbereich (Tempo 20) realisiert werden.
2. kurzfristig Maßnahmen zur Verkehrssicherung umzusetzen, wie z. B. die Markierung von Ladezonen und die Umwandlung von Parkplätzen, die nach Ermittlung des Gutachters konflikt- und unfallträchtig sind.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3. auf der Venloer Straße zwischen Innere Kanalstraße und Ehrenfeldgürtel als zweite Stufe des Verkehrsversuchs nach Beendigung der Baumaßnahme Vogelsanger Straße (voraussichtlich Mitte 2022) zusätzlich zum verkehrsberuhigten Geschäftsbereich eine Einbahnstraßenführung einzurichten.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die FDP-Fraktion zugestimmt

4. die Anwohnerinnen und Anwohner sowie die ansässigen Geschäftsleute vor Durchführung des Verkehrsversuches zu informieren (siehe Öffentlichkeitsbe-

teilung - Anlage 1) und den Verkehrsversuch durch die Einbindung der Bevölkerung zu begleiten.

5. die Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Verkehrsversuch vor allem in Bezug auf die tatsächliche Kfz-Verlagerung sowie auf die Akzeptanz zu bewerten und die Ergebnisse dem Verkehrsausschuss vorzustellen.
6. parallel zum Verkehrsversuch die konzeptionellen Entwürfe des Gutachters für die Umgestaltung der Venloer Straße vertiefend zu untersuchen, weiterzuentwickeln und eine Konzeption zu erarbeiten, die als Grundlage für einen Vorentwurf zur dauerhaften Umgestaltung dienen kann. Die Ergebnisse sind dem Verkehrsausschuss vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**3.4 1. Bedarfsfeststellung über die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Geräten für das Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung
2. Freigabe einer Verpflichtungsermächtigung zu Lasten des Haushaltsjahres 2022 im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze in Teilplanzeile 9, Auszahlungen für das bewegliche Anlagevermögen bei der Finanzstelle 6601-1201-0-0101, Kraftfahrzeuge und Geräte
2501/2021**

RM Schlömer merkt seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, dass eine Zustimmung zur Verwaltungsvorlage alternativlos sei. Dass die Verwaltung hier jedoch einen positiven Beitrag zum Klimaschutz sehe, könne sie nicht nachvollziehen. Es werde Verbrenner gegen Verbrenner ausgetauscht. Sie wünsche sich für künftige Vorlagen eine realistischere Einschätzung.

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss erkennt den Bedarf zur Beschaffung der Fahrzeuge für das Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung in Höhe von rd. 756.200 € an und beauftragt die Verwaltung die Beschaffungsvorgänge einzuleiten.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt im Haushaltsjahr 2021 die Freigabe einer Verpflichtungsermächtigung zu Lasten des Haushaltsjahres 2022 in Höhe von insgesamt 756.200 € im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze in Teilplanzeile 9, Auszahlungen für das bewegliche Anlagevermögen bei der Finanzstelle 6601-1201-0-0101, Kraftfahrzeuge und Geräte.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**3.5 Planungsbeschluss für die Umgestaltung der Kreuzung Neusser Straße/Kempener Straße/Auerstraße zu einem Kreisverkehr
2637/2021**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt
vom 23.11.2021
AN/2518/2021**

RM Wahlen nimmt kurz Stellung zum Änderungsantrag und bittet zudem um Mitteilung, ob der Kreisverkehr verkleinert werden könne.

Seitens der SPD-Fraktion weist RM Jäger darauf hin, dass das Kernproblem bei dieser Planung die Führung der Radfahrenden sei und sie fragt, ob die Radwegebenutzungspflicht auf der Neusser Straße von der Inneren Kanalstraße kommend aufgehoben werden könne. Die Situation werde sich durch den Kreisverkehr verschlechtern; dies hätten ihr auch viele Bürger*innen mitgeteilt.

SB Dr. Beese wirft die Frage auf, wo der optimale Punkt sei, an dem sich Rad- und Autofahrende einfädeln, um geordnet und sicher durch den Kreisverkehr zu kommen.

SB Pargmann regt kleinere Einfahrten und größere Ausfahrten an.

RM Syndicus merkt an, dass sie in den Planungen eine Verschlimmbesserung ähnlich der Vogelsanger Straße sehe. Der Rad- und Fußverkehr komme hier grundsätzlich wunderbar durch die vorhandenen Lichtsignalanlagen zurecht.

RM Gabrysch schließt sich vollumfänglich den Ausführungen ihrer Vorredner*innen an. Nicht nachvollziehen könne sie, warum bei derartigen Planungen nicht auch Retentionsbecken und anderen Regenauffangsysteme, Kühlungssysteme für die Stadt oder auch Photovoltaikanlagen für überdachte Radwege mit berücksichtigt werden.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, betont, dass die Verwaltung planerisch noch ganz am Anfang sei, die heutigen Anregungen aber mitnehmen werde. Die Größe des Kreisverkehrs und die Dimensionierung der Ein- und Ausfahrten seien durch die Verwaltung intensiv geprüft, aber durch die Führung einer Buslinie zwingend erforderlich. Heute fahre der Bus parallel durch eine sehr enge, kurze Wohnstraße (Cranachstraße), was durch die parkenden Kfz häufig mit großen Problemen verbunden und auch für die Anwohnenden ein Ärgernis sei. Eine Mischung der Verkehre in Kreisverkehren sei im Übrigen auch an vielen anderen Stellen in Köln mit Erfolg eingeführt worden. Entscheidend sei, dass die Geschwindigkeit heruntergefahren werde.

Die Frage von Herrn Dr. Beese aufgreifend stellt Herr Harzendorf klar, dass es den optimalen Punkt nicht gebe sondern es sich vielmehr um eine Strecke von 10 – 30 m handele, auf der Rad- und Autofahrer sich verflechten. Diese Verflechtung müsse aus Sicherheitsgründen vor dem Zebrastreifen abgeschlossen sein.

Nach weiterer lebhafter Diskussion besteht Einvernehmen, die Vorlage ohne Votum in die BV Nippes zu verweisen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage mit dem Änderungsantrag AN/2518/2021, der da lautet:

Die vorgelegte Vorentwurfsplanung wird wie folgt ergänzt:

1. Die Verwaltung soll alles unternehmen, um den Bestandsbaum im Eckbereich Neusser Straße/Auerstraße zu erhalten.
2. Die Parkplätze auf der Neusser Straße sollen zu Gunsten des Radverkehrs entfallen.
3. Bei der südlichen Hinführung zum Kreisverkehr soll geprüft werden, ob der Radverkehr auf einem (geschützten) Radfahrstreifen bis zum Kreisverkehr geführt werden kann.

4. Grünbereiche/Baumpflanzungen sollen auch an der südlichen und östlichen Querung geplant werden.
5. Grundsätzlich soll geprüft werden, wie mehr Grünbereiche in diesem Bereich umgesetzt werden können.

zur Anhörung in die Bezirksvertretung Nippes.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3.6 Abbruch und Ersatzneubau Kragplatte am Altstadtufer; bauzeitliche Verkehrsführung 3734/2021

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom 22.11.2021
AN/2507/2021**

SE Vietzke berichtet, dass Radfahrende, die aus Süden kommend durch den Maritim-Tunnel fahren, durch die dort aufgestellten Leitelemente quasi gezwungen werden Richtung Rhein zu fahren. Er bittet die Verwaltung dies zu prüfen, damit Radfahrende auch links Richtung Heumarkt fahren können.

Zudem regt er an, bei der Asphaltierung des Radweges auf dem Rheingarten auch den bereits vorhandenen asphaltierten Weg von 1 m Breite mit einzubeziehen, damit keine zusätzlichen Versiegelungen stattfinden.

SE Wienke merkt in diesem Zusammenhang an, dass aus ihrer Sicht die Diskussion um den Rheinufertunnel noch nicht erledigt sei, zumal ihr unklar sei, warum Bimmelbahn und Mofafahrende diesen im Gegensatz zu Radfahrenden nutzen dürfen.

Vorsitzender Hammer stellt klar, dass dies eine andere Thematik sei und mit der hier vorliegenden Verwaltungsvorlage nicht vermischt werden sollte.

RM Jäger weist auf den Ortstermin am 25.11.hin; sie bittet, etwaige neue Erkenntnisse, die dort gewonnen werden, trotz des heutigen Beschlusses dann auch noch zu berücksichtigen.

SB Pargmann bittet die Verwaltung, die Fragestellung von Frau Wienke schriftlich im Nachgang zu beantworten.

1. Beschluss (Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt, AN/3734/2021):

Die Anordnung des zusätzlichen Fahrradweges auf dem Rheingarten soll möglichst auf den bereits versiegelten Flächen erfolgen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

2. Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt die bauzeitliche Verkehrsführung während der Baumaßnahme „Abbruch und Ersatzneubau Kragplatte am Altstadtufer“ gem. der beigefügten Begründung.

Die Anordnung des zusätzlichen Fahrradweges auf dem Rheingarten

soll möglichst auf den bereits versiegelten Flächen erfolgen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**3.7 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Beschluss über die Überplanung der Neusser Straße von Simonskaul bis Scheibenstraße/Kapuzinerstraße (Bauabschnitt 2b)
2817/2021**

RM Wahlen bittet bei der Bauausführung besonderes Augenmerk auf die Radwegführung während der Bauzeit zu legen; es sei schon vorgekommen, dass in Nippes Masten mitten auf dem Radweg standen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss erkennt den Bedarf für die Planung der Neusser Straße von Simonskaul bis Scheibenstraße/Kapuzinerstraße (Bauabschnitt 2b) mit Planungskosten für die Leistungsphase 1-9 einschließlich örtlicher Bauüberwachung in Höhe von ca. 384.000 € (brutto) an. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, für die Neusser Straße von Simonskaul bis Scheibenstraße/Kapuzinerstraße (Bauabschnitt 2b) eine Planung für die Gesamtmaßnahme (Straße, Stadtbahn) zu erstellen.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung Nippes uneingeschränkt zustimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**3.8 Stadtbahnvorhaben Köln - Niederaußem: Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung einer Machbarkeitsstudie zur Verlängerung der Stadtbahnlinie 4
3454/2021**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom 22.11.2021
AN/2504/2021**

Auf Nachfrage des RM Lorenz stellt Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, klar, dass der vorliegende Änderungsantrag offensichtlich aus einer Anregung aus der Blitzumfrage entstanden und hier die Verlängerung der Unterführung gemeint sei.

1. Beschluss (Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt, AN/2504/2021):

Der Verkehrsausschuss begrüßt die Machbarkeitsstudie.

Bei den zu prüfenden Varianten wird bei der Prüfung auf dem Gebiet der Stadt Köln (S 8) der Punkt b. „Prüfung einer durchgehenden U-Bahn von Bocklemünd bis westlich von Widdersdorf oder alternativ Trogstrecke in Widdersdorf“ (d.h. die Verlängerung der Unterführung) abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

2. Beschluss (so geänderter Verwaltungsvorschlag):

1. Der Verkehrsausschuss begrüßt die neuen Erkenntnisse aus der Vorstudie zur Stadtbahnstrecke Widdersdorf - Brauweiler - Niederaußem.
2. Der Verkehrsausschuss beauftragt im Hinblick auf die in der Begründung dargelegten Erläuterungen die Verwaltung, das Stadtbahnvorhaben Köln - Niederaußem zügig weiter zu verfolgen und die Vergabe einer **Machbarkeitsstudie zur Verlängerung der Stadtbahnlinie 4** – ausgehend von der Haltestelle „Bocklemünd“ – in Abstimmung mit dem Rhein-Erft-Kreis vorzubereiten. Die Verwaltung soll anschließend eine Vorlage zur Bedarfsfeststellung der Machbarkeitsstudie vorlegen. Die Durchführung des Vergabeverfahrens soll – vorausgesetzt, dass keine förderschädlichen Ausschlussgründe entgegenstehen – durch die Stadt Köln erfolgen. Voraussetzung für die weitere Umsetzung ist ein gleichlautender Beschluss des Kreistages des Rhein-Erft-Kreises sowie eine Bekräftigung des in dieser Vorlage beschriebenen Vorgehens durch die politischen Gremien der Städte Bergheim und Pulheim.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Rhein-Erft-Kreis einen Vorschlag für die Struktur einer Projektkoordination auszuarbeiten.
4. Die Verwaltung wird zudem beauftragt, eine Verwaltungsvereinbarung zur Kostenteilung mit dem Rhein-Erft-Kreis auszuarbeiten, die den Zeitraum ab Beginn der Machbarkeitsstudie bis zur Fertigstellung und Präsentation im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung abdeckt, und der Politik im Zuge der Vorlage zur Bedarfsfeststellung der Machbarkeitsstudie vorzulegen. Die Aufteilung erfolgt gemäß der in der Begründung genannten Prozentsätze.
5. **Der Verkehrsausschuss begrüßt die Machbarkeitsstudie.**
6. **Bei den zu prüfenden Varianten wird bei der Prüfung auf dem Gebiet der Stadt Köln (S 8) der Punkt b. „Prüfung einer durchgehenden U-Bahn von Bocklemünd bis westlich von Widdersdorf oder alternativ Trogstrecke in Widdersdorf“ (d.h. die Verlängerung der Unterführung) abgelehnt.**

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretungen uneingeschränkt zustimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3.9 Abschluss der Machbarkeitsuntersuchung für ein regionales Wasserbussystem auf dem Rhein 3512/2021

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie vor und beantwortet im Anschluss diverse Fragen aus den Reihen der Ausschussmitglieder.

Nach kurzem Austausch besteht Einvernehmen, die ausführliche Vorstellung des Gutachters am 13.01.2022 abzuwarten und die Vorlage heute im ersten Durchgang zu verweisen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

4.1 Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“ 1987/2021

RM Wahlen informiert, dass im anstehenden Stadtentwicklungsausschuss noch ein Änderungsantrag eingereicht werde, insofern schlage er vor, die Vorlage heute ohne Votum weiter zu verweisen. Dass die Rheinspange allerdings ein möglicher Gewinn für die Verkehrswende darstelle, bezweifle die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stark.

Seitens der CDU-Fraktion merkt RM De Bellis-Olinger an, dass ihre Fraktion diese Einschätzung nicht teile. Köln sei eine wachsende Stadt und man habe auch eine wachsende Region.

RM Lorenz kann sich dem Vorschlag von Herrn Wahlen anschließen. Er kritisiert jedoch, dass es sich hier nicht um ein Strategiepapier sondern vielmehr um eine Bestandsaufnahme handle. Die verkehrlichen Aussagen seien eher dürftig, das Kartenmaterial stimme oftmals nicht mit den Beschlusslagen überein. Die Frankfurter Straße für Speditionsunternehmen vorzusehen, sehe die SPD-Fraktion eher kritisch.

RM Tokyürek schließt sich den Ausführungen von RM Wahlen vollumfänglich an.

- Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in die weiteren Gremien.

4.2 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Vergabe der weiteren externen Ingenieur- und Dienstleistungen (HOAI, Leistungsphasen 1 bis 9) zur Realisierung der Maßnahme „Vierspuriger Ausbau der Frankfurter Straße zwischen der Theodor-Heuss-Straße und der AS Köln-Porz-Gremberghoven“ mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen bei der Finanzstelle 6604-1201-7-1002, vierspuriger Ausbau Frankfurter Straße, Teilplanzeile 8, Auszahlung für Baumaßnahmen 3728/2020

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

4.3 Ergänzung des U-Bahn-Vertrages vom 17.09. / 24.10.1973 zur Übertragung der Federführung für die Aufzugsnachrüstungen in die Stadtbahnhaltestellen Deutz Technische Hochschule und Fuldaer Straße an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG und Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Vergabe der Planungsleistungen 2411/2021

SE Vietzke begrüßt seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Verwaltungsvorlage nachdrücklich; die Aufzugsnachrüstungen seien überfällig. Er bittet jedoch für

den wegfallenden Baum einen Ersatzstandort zu suchen und im Rahmen der weiteren Planungen den entfallenden Weg ggf. auf die Schrägparktaschen zu verlegen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretungen Innenstadt, Kalk und Mülheim uneingeschränkt zustimmen empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt, den U-Bahn-Vertrag vom 17.09. / 24.10.1973 dahingehend zu ändern und zu ergänzen, dass die Planung und die Baudurchführung für den nachträglichen Einbau von 2 Aufzügen in die Stadtbahnhaltestellen Deutz Technische Hochschule und Fuldaer Straße an die Kölner Verkehrsbetriebe AG (KVB) übertragen werden. Im Hinblick auf die Kostenverteilung soll es bei den bestehenden Regelungen bleiben. Der Rat der Stadt Köln ermächtigt die Verwaltung, einen entsprechenden Nachtragsvertrag zum U-Bahn-Vertrag mit der KVB abzuschließen.
2. Der Rat der Stadt Köln stellt den grundsätzlichen Bedarf zur Vergabe von Planungsleistungen für den Einbau von jeweils 2 Aufzügen in die Stadtbahnhaltestellen Deutz Technische Hochschule und Fuldaer Straße fest. Der Beschluss umfasst zunächst, dass die KVB die Planung fortführt, die notwendigen Genehmigungen beantragt und die Planung bis zur Ausschreibung (Leistungsphase 6 der HOAI – Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) vorbereitet. Die KVB beantragt die Förderung beim Zuschussgeber.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.4 278. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 3521/2021

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen uneingeschränkt zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 278. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.5 279. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 3711/2021

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen uneingeschränkt zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 279. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.6 Kapazitätserweiterungen auf den Linien 4, 13 und 18
Baubeschluss für den Ausbau der Bahnsteige der Haltestellen der Bauphase 1 auf eine Nutzlänge von 60 m
2430/2021**

RM Wahlen bittet um Prüfung und Mitteilung, ob und wie an der Haltestelle Im Weidenbruch am nördlichen Ende des Bahnsteigs eine Querung für zu Fuß Gehende eingerichtet werden könne.

SB Dr. Beese fragt zudem nach, wann der Gürtelausbau erfolgen werde.

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, teilt mit, dass der Gürtelausbau Teil eines Gesamtprojektes sei, das hier zwar bereits mehrfach diskutiert wurde; es sei jedoch aktuell noch nicht beschluss- bzw. entscheidungsreif. Für die KVB AG sei es nun wichtig, diese Maßnahmen vorab durchzuführen, um den geplanten Einsatz von längeren Zügen auf der Linie 13 zeitlich nicht zu gefährden.

Weiterhin erklärt er auf Nachfrage des SE Vietzke, dass die barrierefreie Erreichbarkeit der Bahnsteige selbstverständlich angestrebt werde. Dies sei jedoch eine Detailfrage und hänge in jedem Einzelfall von den örtlichen Gegebenheiten ab.

Da ein Ratsbeschluss am 14.12.2021 zwingend erforderlich ist, besteht Einvernehmen, auf einen 2. Durchgang im hiesigen Ausschuss zu verzichten; über etwaige, abweichende Voten der Bezirksvertretungen müsse ggf. in der Ratssitzung entschieden werden.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretungen Lindenthal und Mülheim uneingeschränkt zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt - vorbehaltlich des rechtskräftigen Baurechts, vorbehaltlich des Vorliegens des Bewilligungsbescheides über die Gewährung von Zuschüssen nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (ÖPNVG) oder alternativ vorbehaltlich der Genehmigung des Zuschussgebers zu einem vorzeitigen zuwendungsunschädlichen Baubeginn der Maßnahme beziehungsweise einer Vorsorgemaßnahme – im Rahmen der Kapazitätserweiterungen auf den Linien 4 und 13 den Ausbau der Bahnsteige der 5 Haltestellen Aachener Str./Gürtel, Wüllnerstraße, Dürener Str./Gürtel, Im Weidenbruch und Mülheim Berliner Straße (Bauphase 1) auf eine Nutzlänge von 60 m sowie die Erstattung des städtischen Eigenanteils an den Investitionskosten in Höhe von rd. 690.000 € an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB). Die Maßnahme wird von der KVB durchgeführt.

Gleichzeitig beschließt der Rat der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2021 die Freigabe einer investiven Verpflichtungsermächtigung zu Lasten des Haushaltsjahres 2022 in Höhe von 690.000 € für die o.g. Maßnahme im Teilfinanzplan 1202, Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, bei der Finanzstelle 6903-1202-0-9003, L 4, 13 u. 18 - Bst.-Verlängerung, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Offene Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Anfrage der Volt-Fraktion vom 10.11.2021 betr. CO2-Balastung Bau Ost-West-Achse AN/2387/2021

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

5.2.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 17.11.2021 betr. Kosten durch Trittstufen in Hochflurstadtbahnen AN/2433/2021

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

5.2.3 Anfrage der FDP-Fraktion vom 18.11.2021 betr. Probleme mit den KVB-Rädern AN/2395/2021

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

5.2.4 Anfrage der FDP-Fraktion vom 18.11.2021 betr. Fluoreszierende Fahrradwege AN/2419/2021

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Künftige Förderung von Quartiersgaragen hier: Anfrage der FDP-Fraktion des Verkehrsausschusses in der Sitzung am 31.08.2021, TOP 5.2.3 3416/2021

SB Dr. Beese merkt an, dass auch diese Stellungnahme zur Problematik der Quartiersgaragen sehr tristlos sei. Er bittet BG Egerer nachdrücklich, sich der Thematik dringend anzunehmen. Zudem stellt er richtig, dass der Standort Subbelrather Straße/Ehrenfeldgürtel sehr wohl realisiert wurde.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung im Übrigen zur Kenntnis.

6.2 Anfrage der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln, KVB-Fahrgastunterstände, AN/1971/2021 3433/2021

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**6.3 Maßnahmen gegen Tempoverstöße
Gemeinsame Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 05.10.2021, TOP 5.2.7 3518/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

6.4 Beantwortung einer Anfrage gem. §4 der Geschäftsordnung des Rates, AN/2013/2021 der SPD-Fraktion "Entsorgung von Schrottfahrrädern auf Fahrradabstellflächen" 3564/2021

RM Jäger bittet die Beantwortung auch dem AVR zur Kenntnis zu geben. Verwundert sei sie über die Aussage, dass der Ordnungsdienst die Schrottfahrräder markiere; sie bittet um Prüfung und ggf. Richtigstellung.

**6.5 Richard-Wagner-Straße/Moltkestraße
hier: mündl. Anfrage von RM Wahlen in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 31.08.2021, TOP 6.1 3626/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**6.6 Gereonstraße/Christophstraße
hier: Mündliche Anfrage des SB Pargmann in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 20.04.21, TOP 8.3 3636/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**6.7 Verkehrliche Umgestaltung eines Teilbereiches am Ehrenfeldgürtel
Anfrage gem. §4 der Geschäftsordnung des Rates der Fraktion SPD im Kölner Rat - AN/2012/2021 3449/2021**

SE Rohata ist nicht vollumfänglich zufrieden mit der Stellungnahme und bittet um Mitteilung, wie lange es länger dauern werde, wenn beide Maßnahmen zusammen gebunden werden. Hinsichtlich der prognostizierten Rückstaus fragt sie, wie eine Lösung aussehen könne, um dieses Nadelöhr zu beheben.

Frau Rode, Leiterin des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau, teilt mit, dass hier noch weitere Untersuchungen und Abstimmungen mit dem Landesbetrieb Straßenbau erfolgen werden.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung im Übrigen zur Kenntnis.

**6.8 Parkhäuser in der Innenstadt
Anfrage des Seniorenvertreters Meurers
3798/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**6.9 Winterdienst des Radwegenetzes
Anfrage von Der Fraktion
3945/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Unterrichtung des Rates und des Fachausschusses über Kostenerhöhungen nach § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO

**7.1.1 Mehrkosten für die Aufzugsnachrüstung der Stadtbahnhaltestelle Vingst
3340/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7.2 Sonstige Mitteilungen

**7.2.1 Umbau der Oskar-Jäger-Straße zwischen Aachener Straße und dem Ausbaubereich Aurelis-Gelände, ca. 200 m nördlich der Weinsbergstraße sowie Freigabe einer investiven Verpflichtungsermächtigung hier: Ratsbeschluss vom 06.05.2021
3403/2021**

SE Vietzke bittet um Mitteilung, ob für die sieben zu fällenden Bäume schon Ersatzstandorte gefunden wurden und wann die Pflanzungen stattfinden.

RM De Bellis Olinger fragt nach, ob die Tiefgarage des Bezirksrathauses auch nach 22 Uhr und an den Wochenenden geöffnet werden könne.

SB Dr. Beese weist darauf hin, dass die Errichtung einer Quartiersgarage in diesem Bereich sinnvoll und wünschenswert wäre.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, sagt zu, die Frage nach der Öffnung der Tiefgarage mitzunehmen. Ersatzstandorte für die Bäume seien noch nicht festgestellt.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung im Übrigen zur Kenntnis.

**7.2.2 Umsetzungsstand Radverkehrskonzept Innenstadt
3392/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**7.2.3 Stadtradeln 2021
3621/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**7.2.4 Änderungen zum Fahrplanwechsel 2021
3680/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**7.2.5 Öffentlichkeitsarbeit Stadtbahn Rondorf-Meschenich
3797/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**7.2.6 Drehbrücke im Deutzer Hafen - Bauzeitverlängerung und Kostenerhöhung
3980/2021**

RM Lorenz bittet die Mitteilung auch der BV Porz zur Kenntnis zu geben. Er bittet zudem um Auskunft, inwieweit eine Umleitung entsprechend des BV-Beschlusses aus der Innenstadt geprüft wurde und wie weit die Verhandlungen mit moderne Stadt über eine Führung durch das Mühlen-Gelände gediehen seien. Letztendlich regt er an, die nicht genutzte Hafenbahntrasse zwischen Am Schnellert und der Einmündung Alfred-Schütte-Allee in die Siegburger Straße als alternative Routenführung für eine attraktive Umleitung einzurichten.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, informiert, dass moderne Stadt nicht bereit sei, die notwendigen Flächen zur Verfügung zu stellen. Dies wurde auch im hiesigen Ausschuss mitgeteilt.

RM De Bellis-Olinger regt an, dass zu der geplanten Sondersitzung der Ausschüsse Stadtentwicklung und Verkehr zum Mobilitätskonzept Deutzer Hafen (noch nicht terminiert) diese Mitteilung erneut vorgelegt wird. Ggf. finde sich doch noch eine gute Lösung.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung im Übrigen zur Kenntnis.

8 Mündliche Anfragen

8.1 Neue Buslinie von Bergisch Gladbach nach Thielenbruch Mündliche Anfrage des SB Pargmann

SB Pargmann nimmt Bezug auf einen Zeitungsartikel aus Juli 2021 und bittet um Mitteilung, warum eine neue Buslinie, die vielen Pendler*innen zu Gute kommen würde, seitens der Stadt Bergisch Gladbach abgelehnt wurde.

II. Nichtöffentlicher Teil

--

Lino Hammer
(Ausschussvorsitzender)

Angela Krause
(Schriftführerin)